Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1911. Nr. 56. Jahrgang 204.

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2.50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich vorbei mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (illus. Feuilletonbell.). Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbell.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 15 Pfg., auswärts 20 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle, G. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87. Hinterhaus. Eing. Gr. Brauhausstr. Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Lectrede: Dr. Walther Bebenleben in Halle a. S.

Donnerstag, 2. Februar 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburgerstraße 30. Telephon Amt VI Nr. 16 290. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Militärisch Neues.

Von Generalmajor z. D. von Loebell.

Während der vorjährigen Kaisermanöver wurden bekanntlich die neuen Felduniformen bei Divisionen und Brigaden erprobt. Ein Kavallerieoffizier, der über die Tätigkeit der Kavallerie im Kaisermanöver berichtet, schreibt hierüber: „Es hatten sich Teile der Aufklärungsgeschwader schon längere Zeit vor den feindlichen Linien umgesehen in ihren unscheinbaren feldgrauen Mänteln ohne weiße Bandeliere bewegt, kaum tauchten aber die ersten Kürassiere in ihren schönen weißen Kollern auf, so begann der Feind zu feuern, und mit der Beobachtung war es vorbei.“ Der Kavallerieoffizier erwähnt, daß vor allem das Glänzende und Blitzende der Verräter war. Zwei abgesessene Eskadrons Leibhusaren in feldgrauer Uniform seien trotz guter Fernsläser wohl eine Stunde lang vom Feinde für eine Pionierkompagnie gehalten worden. Auch in anderen Berichten wird hervorgehoben, daß alles Glänzende und Blitzende weit erkennbar war, und daß dadurch die Offiziere sich besonders abgehoben hätten. Das Kriegsministerium hatte deshalb eine Kommission zusammenberufen, die über Ersatz der silbernen Achselstücke, der Feldbinden und Adjutantenschärpen beraten hatte. Nun hört man von dem Ergebnis der Beratung, daß ein breiter lederner Leibgurt anstelle der Feldbinde treten soll. Der Leibgurt muß möglichst fest sein, da an ihm Kartentasche, Fernglas und Patronen befestigt werden, auch soll er das Tragegerüst eines Offiziertornisters neuen Modells halten. Leder scheuert nun aber, ein Tuchgurt nach Art der der Feuerwehr dürfte kleidsamer und praktischer sein. Es werden auch Versuche gemacht, dem Teil des Inhalts der Mannschaftstornister, der nach Ablegen des Gepäcks nicht mitgeführt werden soll, in die Zeltbahnen zu verpacken, die dann die Form eines Rucksackes annehmen würden. Glücklicherweise wird den Franzosen nicht gefolgt, die einen Teil des Gepäcks zur Entlastung des Infanteristen auf Wagen mitführen. Nachdem nunmehr auch der Schleppriemen am Offiziersäbel der Infanterie gefallen, gilt es nur noch, die Reiterstiefel der Kürassiere und deren Helme durch für den Krieg geeignetere Bekleidungsstücke zu ersetzen. Erstere degradieren die Kürassiere zu Feldsoldaten zweiter Klasse.

Die Bestände in den bisherigen Tuchsorten sollen derartig große sein, daß die Einführung der feldgrauen Uniform als einzige Bekleidung noch 10 bis 15 Jahre hinausgeschoben sein dürfte. Somit liegt die feldgraue Uniform als Kriegsgarnitur noch Jahre auf den Kammern. Da erscheint die Frage der Imprägnierung erwägenswert. Die nasse Witterung während der Kaisermanöver der letzten Jahre drängt erneut diese Frage auf. Eine Imprägnierung, um die Bekleidung wasserdicht zu machen, war so lange ausgeschlossen, als die imprägnierten Stoffe luftundurchlässig waren und die Ausdünstung erschwerten. Nun soll sich aber bei der Marine ein Verfahren bewährt haben, bei dem diese Nachteile ausgeschlossen sind.

Nach dem Heeresetat für 1911 sollen die Musikkorps um 1000 Musiker vermindert werden. Die Infanterie-Musikkorps werden dann nur über 10 Hoboisten und 20 Hilfshoboisten verfügen. Diese Maßnahme wird die Musikfonds, zu denen die Offizierkorps beisteuern, mehr als bisher belasten. Es ist nicht ersichtlich, warum beim 1 Garde-Regiment, das über einen sehr reichlich dotierten Musikfonds verfügen dürfte, statt 10 26 Hoboisten etatsmäßig sein sollen.

Deutsches Reich.

* **Das Wertzuwachssteuergesetz** wurde gestern vom Reichstage bei der Gesamtabstimmung mit 199 gegen 93 Stimmen angenommen. 20 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung. Bei der Minderheit befanden sich die Sozialdemokraten, die fortschrittliche Volkspartei und einige Zentrumsabgeordnete. Die Polen enthielten sich der Abstimmung. (Vergl. auch den Parlamentsbericht.)

* **Der Bundesrat** stimmte den Anträgen der Ausschüsse zu betreffend Erweiterung der Zuständigkeit der Hauptämter für Zollerstattungen, betreffend Festsetzung der von privaten Versicherungsunternehmungen für das Kalenderjahr 1910 zu erhebenden Gebühren und betreffend Prägung von 40 Millionen Mark Silbermünzen.

* **Der Entwurf des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung** ist nunmehr dem Reichstage zugegangen. In der Begründung heißt es:

Die Reichsversicherungsordnung bedingt so erhebliche Aenderungen in der Organisation wie im Verfahren und erweitert die Versicherung nach Art und Umfang so beträchtlich, daß sie schon aus verwaltungstechnischen Gründen nicht gleichzeitig in ihrer Gesamtheit in Kraft treten kann. Vor allem muß die einen unentbehrlichen Bestandteil des vierten Buches bildende Hinterbliebenenversicherung Geltung erlangen. Abgesehen von dem vierten Buche, können die einzelnen Teile der Reichsversicherungsordnung zeitlich so in Kraft gesetzt werden, wie es am zweckmäßigsten ist und sich für die zahlreichen Beteiligten am günstigsten durchführen läßt. Um dies zu ermöglichen, überläßt Artikel 4 die Festsetzung einer Kaiserlichen Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats. Zufolge der Vorschrift des § 15 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 sind bisher rund 51,5 Millionen Mark Rennwert angesammelt worden. Nachdem nun die Hinterbliebenenversicherung grundsätzlich nicht auf diesen schwankenden Zolleinnahmen, sondern auf den regelmäßigen Prämienbeiträgen der Arbeitgeber und der Versicherten sowie auf Reichszuschüssen aufgebaut werden ist, muß dieser § 15 aufgehoben werden. Die angesammelten Zollerträgnisse nebst den bis zum Inkrafttreten der Hinterbliebenenversicherung noch eingehenden Summen und zuwachsenden Zinsen sollen als besonderer Fonds verwaltet werden, um daraus bis zu seiner Erschöpfung die Reichszuschüsse für die Hinterbliebenenbezüge zu leisten.

* **Von der Reise des Kronprinzenpaares.** Die Kronprinzessin, die sich am 8. Februar mit dem Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Prinz Heinrich“ von Alexandrien nach Neapel begeben wollte, hat ihren Aufenthalt in Egypten abermals verlängert, um gemeinsam mit dem Kronprinzen, der Ende Februar von seiner Reise nach Indien in Egypten eintrifft, die Heimreise anzutreten. Der Kronprinz wird für die Fahrt von Kolombo nach Port Said am 18. oder 19. Februar ab Kolombo den Reichspostdampfer „Gneisenau“ oder den Dampfer „Derflinger“ des Norddeutschen Lloyd benutzen.

* **Der König von Sachsen** ist am Mittwoch mittag an Bord des Dampfers „Großer Kurfürst“ vor Neapel eingetroffen und hat mit dem deutschen Konsul und dem Gefolge einen Ausflug im Automobil nach Capo di Posillipo gemacht.

* **Der Landesausschuß für Elsaß-Lothringen** ist am 1. cr. zu seiner 38. Tagung zusammengetreten. Der Statthalter Graf Wedel, dem Staatssekretär Zorn von Bulach sowie die Unterstaatssekretäre Petri und Mandel zur Seite standen, eröffnete die Session mit Verlesung einer Ansprache, in der er zunächst der dem Reichstag vorliegenden beiden Gesetzentwürfe betreffend die Verfassung Elsaß-Lothringens sowie betreffend die Wahlen zur künftigen Zweiten Kammer gedachte und die Hoffnung aussprach, daß das Verfassungswerk die Zustimmung von Bundesrat und Reichstag erhalten werde. Zur Finanzfrage des Landes erklärte der Statthalter, die Schäden und Mißernten infolge außergewöhnlicher Witterungsverhältnisse hätten erhebliche Steuerausfälle mit sich gebracht und die Aufwendung außerordentlicher Mittel notwendig gemacht. Wenn es trotzdem gelungen sei, ohne weitere Erhöhung der Steuerzuschläge den Etat im Gleichgewicht zu halten, so sei dies nur durch Zurückstellung dringender Ausgaben bis zur notwendigen Reform der direkten Steuern möglich gewesen. Die schwere Schädigung, die der Weinbau im verflossenen Jahre durch die Ungunst der Witterung und durch das Auftreten von Schädlingen erlitten habe, habe in vollstem Maße die Anteilnahme der Regierung gefunden. Dem von allen Seiten geäußerten Wunsche, durch Erlaß der Grundsteuern den notleidenden Winzern entgegenzukommen, solle trotz der entgegenstehenden finanziellen Schwierigkeiten bei Einverständnis des Landesausschusses entsprochen werden.

* **Statistikerkonferenz.** Wie wir hören, findet am 15. Februar d. Js. im Reichsamt des Innern eine Konferenz statt, in der die Erfahrungen bei der letzten Berufs- und Betriebszählung vom Jahre 1907 besprochen und etwaige Aenderungen in der technischen und sachlichen Bearbeitung künftiger großer Zählungen erörtert werden sollen. Bekanntlich wird seit Jahren in der Oeffentlichkeit und in der Fachliteratur darüber geklagt, daß unsere großen deutschen Zählungen (die Berufs- und Betriebszählungen und die Volkszählungen) mit zu großen Belästigungen für das Publikum verbunden sind und in ihren Resultaten zu spät der Wissenschaft und Praxis zugänglich gemacht werden. Die Berechtigung dieser Klagen kann kaum bestritten werden. Aufgabe der geplanten Konferenz, der das Reichsamt des Innern eine große Bedeutung beilegt, wird es sein, geeignete Mittel zur Abstellung der bestehenden Mißstände vorzuschlagen.

* **Neue Verfügung über den Titel „Ober-Bahnassistent“.** Der Eisenbahnminister hat eine neue Verfügung erlassen, die sich auf die Beilegung des Titels „Ober-Bahnassistent“ bezieht. Nach dem letzten Ministerialerlasse sollte, wie der „Inf.“ mitgeteilt wird, die Beilegung des Titels unterbleiben, so lange nicht die unkündbare Anstellung des Beamten verfügt werden kann. Es ist nun angeordnet worden, daß dieser Titel fortan unabhängig von der unkündbaren Anstellung nach Ablauf von fünf Jahren seit der Anstellung als Eisenbahnassistent verliehen wird, wenn sich der Beamte nicht schwerwiegender Verstöße gegen die Pflichten der Staatsbeamten schuldig gemacht und dadurch einer Titelverleihung unwürdig gezeigt hat.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung vom 1. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz, Beseler.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung der Vorlage über die Polizeiverwaltung in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Arnsberg und Münster.

Minister des Innern v. Dallwitz: Die Vorlage will eine Lücke der Gesetzgebung ausfüllen und die in den angegebenen Bezirken jetzt vorhandenen Polizeibefugnisse angemessen verstärken. Nach dem Gesetz von 1850 kann in den Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern die Uebertragung der örtlichen Polizeiverwaltung an staatliche Behörden nur als vorübergehende Maßnahme in Betracht kommen. Der Entwurf will diese Beschränkung beseitigen, ohne dabei über das Gebiet der Sicherheitspolizei hinauszugehen.

Die Abgg. Schulze-Pelkum (kons.), Schmedding (Ztr.) u. a. sind mit der Vorlage einverstanden.

Abg. Liebknecht (Soz.) sucht in längerer Rede darzulegen, daß die Vorlage die kommunale Selbstverwaltung zu Unrecht verkürzt, und wird vom Präsidenten v. Kröcher zweimal zur Sache gerufen. Redner meint, der Entwurf sei ein Spezialumsturzgesetz.

Schließlich wird der Redner zum dritten Male zur Sache gerufen. Präsident v. Kröcher führt nunmehr eine Abstimmung herbei, ob dem Redner das Wort entzogen werden soll. Das Haus beschließt mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und einiger Nationalliberaler die Wortentziehung. (Abg. Liebknecht: Sie sind festgenagelt! Präsident v. Kröcher: Sie haben nicht mehr das Wort!)

Die Vorlage geht an die verstärkte Gemeindekommission. Es folgt die zweite Lesung des

Justizetats.

Bei den Einnahmen empfiehlt

Abg. Witzmann (natl.) mehr Benutzung der Kostenmarken.

Abg. Dr. Keil (natl.): Bei den Ausführungsbestimmungen zum neuen preußischen Stempelsteuergesetz klagen die Beteiligten über die vorgeschriebene Art der Entwertung der Stempelmarken.

Justizminister Beseler: Darüber schweben Verhandlungen mit dem Finanzminister.

Abg. Dr. Bell-Essen (Ztr.): Welches Ergebnis hat die Konferenz gehabt, welche zur Minderung der Konkurrenz der Gefängnisarbeit führen sollte? Bisher hat die Regelung der Gefängnisarbeit und die Festsetzung der Preise dem Handwerk und Mittelstand schwere Konkurrenz bereitet. Gelegentlich ist Handwerksmeistern sogar zugemutet worden, die Arbeiten für den Fiskus zu denselben Preisen zu liefern wie die Gefängnisse. (Hört! hört!)

Ein Regierungskommissar: Das Ergebnis der erwähnten Konferenz war: Es ist daran festzuhalten, daß die Gefangenen soweit wie irgend möglich mit Lieferungen für den Staat beschäftigt werden. 2. Soweit es mit den Interessen eines geordneten Strafvollzugs vereinbar ist, ist die Außenarbeit, besonders für die Landeskultur, zu verfolgen und auszugestalten. 3. Es ist im Aufsichtswege für jede Provinz eine Art Beirat zu schaffen, in den je ein Mitglied der Landwirtschaftskammer, der Handwerkskammer und der Handelskammer zu berufen ist. Dieser Ausschuß ist nicht als definitiver zu denken, sondern als Versuch. — Die Außenarbeit hat bei uns von je eine große Rolle gespielt. Im Bereich des Ministeriums des Innern waren im letzten Etatsjahr 1112 Gefangene für Zwecke der Landeskultur tätig, im Bereich des Justizministeriums aber über 1400 Gefangene. Dabei ist der Prozentsatz der Untersuchungsgefangenen in der Justiz ungleich höher als in der Verwaltung des Innern und 65 Prozent aller Gefängnisstrafen gehen unter einem Monat hinab. Leute mit kurzer Strafe kommen für Außenarbeit natürlich nicht in Betracht. Die von uns gezahlten Löhne haben stark steigende Tendenz. Hier und da lehnen die Unternehmer unsere Arbeiter schon ab, weil die Löhne ihnen zu hoch sind.

Abg. Boisly (natl.): Die Erziehung zur Arbeit ist die Hauptaufgabe der Gefängnisverwaltungen.

Abg. Rosenow (fortschr.): Es ist gewiß manches besser geworden. Aber noch mancher Mißstand ist bei der Konkurrenz der Gefängnisarbeit zu beseitigen. Die Gefängnisarbeit aber sollte sich auf Handarbeit beschränken.

Abg. Mertin-Oels (frkonf.): Die Gefängnisarbeit darf zu einer maschinellen nie ausarten. Der angekündigte Beirat wird so segensreich wirken, daß man ihn wird beibehalten müssen.

Abg. Liebknecht (Soz.): Man zahle den Gefangenen die gleichen Löhne wie den freien Arbeitern und errichte in den Gefängnissen große Betriebe mit Maschinenbetrieb. (Lachen.)

Abg. Hammer (kons.): Bei der Einberufung der Konferenz ist der Handwerks- und Gewerbekammertag auffälligerweise übergangen worden. Statt dessen zog man die Berliner „Deutsche Mittelstandsvereinigung“ heran trotz ihrer ausgeprägt politischen Tendenz. Die Zentralbehörde der Justizverwaltung mag im übrigen den guten Willen haben, die unteren Instanzen haben sich bisher wenig um diese Absichten gekümmert. Gegenwärtig ist der gesamte Buchbinderstand von den Lieferungen für Staatsbehörden so gut wie ausgeschlossen. Aehnlich steht es in Westfalen mit dem Tischlergewerbe, dem von Oldenburger Gefängnissen wachsende Konkurrenz gemacht wird. Herr Liebknecht freilich ist freiwilliger Regierungskommissar. Er verlangt in den Gefängnissen moderne Großbetriebe. Die Arbeiter werden es ihm nicht danken. (Beifall.)

Geheimrat Plaschke: Auf die Zusammensetzung der Konferenz hatte die Konferenz keinen Einfluß. Es ist aber als Unrecht erkannt worden, daß Herr Hammer als Anreger dieser Konferenz nicht zugezogen war. Er soll dafür zur nächsten Zusammenkunft der Konferenz zugezogen werden.

Abg. Dr. Schräder-Kassel (natl.): Wenn die Löhne bei der Gefängnisverwaltung in acht Jahren um 25 Prozent gestiegen sind, so will das nicht allzuviel sagen. Im freien Gewerbe ist die Steigerung bedeutender.

Bei den dauernden Ausgaben betont

Abg. Dr. Böhmer (kons.): Die neuangeforderten Richterstellen werden ja nötig sein. Aber die Fortsetzung der Vermehrung der Richter in diesem Tempo ist unmöglich. Der Geschäftsgang in Gerichtsschreibereien ist weiter zu vereinfachen. Was sich durch unsere Kräfte ausführen läßt, ist nicht höheren Kräften zuzuweisen. Die Herstellung von Wohnungen für Amtsrichter begrüßen wir mit großer Freude. Was geschehen kann, um die Amtsrichter in kleinen Städten zu halten, muß geschehen. Die Beschlüsse der Reichstagskommission zur Strafprozeßordnung erfüllen uns mit großer Sorge. Sie wollen ja das Verfahren be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191102022-14/fragment/page=0001

schleunigen, werden es aber langsamer und beschwerlicher machen und wieder zu einer Vermehrung des Beamtenheeres führen. In einer Zeit, da wir an die Berufsrichter größere Anforderungen stellen, muß dies auch hinsichtlich der Laienrichter geschehen. Alles in allem erfüllt uns die Entwicklung der Strafrechtspflege nicht mit Genugtuung. Ein paar Worte zu den großen Prozessen der letzten Zeit. Im zweiten Prozeß war die Rechtsbelehrung des Vorsitzenden über die Notwehr eines Privatmannes gegen einen seine Befugnisse überschreitenden Schutzmann unvorsichtig und für das betreffende Milieu ungeeignet. Daß in diesen Prozessen die Rädelsführer nicht gefaßt werden würden, war vorauszusehen. Obendrein gibt die Berichterstattung vielfach auch ein falsches Bild. Der „Vorwärts" hat in diesen Prozessen jedenfalls tendenziös berichtet. Die Unzufriedenheit weiter Kreise mit der Zivilgerichtspflege ist zuzugeben; namentlich im Westen herrscht Verdrossenheit. Leider nimmt ja die Abschließung der Berufsstände immer mehr zu, und die Richter sind hier nicht auszunehmen. Vielleicht ist auch die Zahl der Jura Studierenden zu groß. Auch Rechtswissenschaft und Praxis könnten mehr Fühlung haben: Richter sollten als Dozenten, Dozenten als Richter auftreten können. Die Kenntnisse der jungen Assessoren müssen sich mehr dem Praktischen und dem allgemeinen Wissen zuwenden. Die Beschäftigung bei Kommunen, in Industrie und Landwirtschaft würde ihre Befähigung zum Richter steigern.

Minister **Beseler**: Ich will nicht auf alle die schätzenswerten Anregungen des Vorredners eingehen. Aber eine Bemerkung zum jüngsten Moabiter Prozeß. Der betreffende Vorsitzende hat seine Rechtsbelehrung bald berichtigt. Er hat nur den Rechtsbegriff der rechtmäßigen Amtsausführung klarstellen wollen, und hat dies durch ein Bild erläutert. Dabei hat er sich einen Fall konstruiert, rein theoretisch, in dem eine solche rechtmäßige Amtsführung nicht vorliege. Dadurch ist die Auffassung entstanden, als ob jeder, der in Notwehr sich befinde, zu jeder Abwehr berechtigt sei. Diese Auffassung ist natürlich unzutreffend; sie würde ja auch der konstanten Rechtsprechung des Reichsgerichts widersprechen.

Abg. Dr. **Zimmer** (Ztr.): Die Rechtsprechung in den Moabiter Prozessen hat allgemeinen Beifall gefunden. Der beste Beweis für ihre Objektivität. Schnelle Justiz ist notwendig, und dazu ist eine Vermehrung der Richter unerläßlich.

Die Beratung wird auf Freitag 11 Uhr vertagt.

Schluß 5 Uhr.

Deutscher Reichstag.

119. Sitzung vom 1. Februar, 12 Uhr.

Am Bundesratstische: Wermuth.

Die dritte Lesung des

Reichswertzuwachssteuergesetzes

wird fortgesetzt. Die §§ 23—48 werden nach den Beschlüssen der zweiten Lesung unter geringfügiger Aenderung einiger Bestimmungen angenommen. Beim § 49 (Verteilung des Ertrages) beantragen die Sozialdemokraten wiederum, sechs Millionen für die Veteranen bereitzustellen. Nach kurzer Erörterung wird der Antrag abgelehnt und der Beschluß der zweiten Lesung (dem Reiche 50 Prozent, den Gemeinden 40 Prozent, den Bundesstaaten 10 Prozent) bestätigt. Ferner wurde ein sozialdemokratischer Antrag, mit dem Inkrafttreten des Gesetzes das Zündwarensteuergesetz außer Kraft zu setzen, abgelehnt und alle übrigen Paragraphen angenommen.

In der (namentlichen) Schlußabstimmung wird das Gesetz mit 199 gegen 93 Stimmen bei 20 Stimmenthaltungen angenommen.

Es folgen

Petitionen.

Die Beratung der Petition über Abänderung des Impfgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. **Sachse** (Soz.): Wir protestieren gegen die Beschimpfung der Impfgegner. Die Gesetzgeber haben seinerzeit den Impfzwang nicht haben wollen. Der physische Zwang ist erst durch das Oberverwaltungsgericht für zulässig erklärt. Die Zahl der Impfgegner wächst von Tag zu Tag, weil die Schädigungen durch die Impfung sich häufen. Wir wollen ja nicht die Abschaffung der Impfung; wer daran glaubt, der soll sich ruhig impfen lassen, aber man soll niemand zwingen.

Geheimrat **Frhr. v. Zedlitz**: Ein Ausschluß der polizeilichen Zwangsgewalt ist im Reichsgesetz nicht zu finden und geht auch nicht aus der Vorgeschichte des Gesetzes hervor.

Abg. **v. Damm** (w. Vgg.) bekämpft namens seiner Freunde den physischen Zwang sowie die Wiederholung der Bestrafung wegen Nichtimpfung und beantragt die Entschädigungspflicht des Staates.

Abg. **Hormann** (fortschr.): Meine politischen Freunde verlangen eine objektive Prüfung. Einstweilen müßte ich mich für den Impfzwang erklären, solange die Prüfung noch nicht das Gegenteil ergeben hat. Aber die Bewegung läßt sich nicht ignorieren. Die Gegnerschaft gegen den Impfzwang ist sehr groß, auch Aerzte haben sich angeschlossen. Das Impfgesetz ist eines der unklarsten Gesetze, niemand kennt sich darin aus. Dringend nötig ist volle Klarheit über die Wirkung der in England eingeführten Gewissensklausel.

Abg. Dr. **Faßbender** (Ztr.): Selbst die Impffreunde sollten sich nicht sträuben, die Frage einer gründlichen Nachprüfung zu unterziehen. Seit der Annahme des Impfgesetzes im Jahre 1874 haben sich doch die Verhältnisse erheblich geändert. Darauf müssen wir Rücksicht nehmen.

Abg. Dr. **Hahn** (kons.): Dem Antrage, eine Kommission zur Klärung der Sachlage einzusetzen und das so gewonnene Material in einer Denkschrift niederzulegen, stimmen wir zu. Wir sind der Ansicht, daß es geboten erscheint, die wissenschaftlichen Grundlagen des Gesetzes neu zu prüfen. Ein großer Teil des Volkes glaubt es nicht mit seinem Gewissen vereinigen zu können, seine Kinder zur Impfung herzugeben, noch dazu, wenn an anderen Kindern Schädigungen beobachtet werden. Ein Zwang ist mit der persönlichen Freiheit nicht vereinbar. Wenn man schon bei der Zwangsimpfung bleiben will, dann muß man auch sicher sein, das deutsche Volk vor Krankheit zu schützen. Das ist aber nicht sicher. Die Meinungen der Gelehrten sind durchaus geteilt. Die heutigen sanitären Maßnahmen tun für die Vorbeugung mehr, als die Impfung. Noch nicht der hunderste Teil der Erkrankungen bei Kindern im ersten Jahre kommt zur öffentlichen Kenntnis. Jedes Kind wird durch die Impfung einer Krankheit zwangsweise zugeführt. Die Petition darf nicht unter den Tisch fallen. Es muß eine wirklich objektive Kommission gebildet werden, die die Frage einer gründlichen Prüfung zu unterziehen hat. (Beifall rechts.)

Geheimrat **Kirchner**: Die Pocken sind so selten geworden, daß nicht nur das Publikum, sondern auch viele Aerzte sie nicht mehr erkennen. Das verdanken wir allein der Impfung. Durch noch so schöne Hygieneeinrichtungen kann man die Pockenerkrankungen nicht verhindern. Denn eine Schmutzkrankheit sind die Pocken nicht. Die Pocken gehören zu den Krankheiten, von denen Robert Koch gesagt hat, daß es besser ist, sie zu verhüten, als sie zu behandeln. Die schönen Erfolge, die man durch Impfung erzielt hat, wollen die Impfgegner wieder zunichte machen. Bei der letzten Pockenepidemie in Deutschland starben von den Geimpften 9 Prozent und von den Nichtgeimpften 51 Prozent. Solche Zahlen sollten doch zu denken geben! Der Redner gibt eine eingehende Darstellung der Pockenimpfung. Die Zahl der Impfschädigungen ist eine ganz verschwindende. Gerade Deutschland ist infolge seiner Lage besonders gefährdet. Die Gefahr der Einschleppung von Krankheiten ist hier besonders groß. Wenn Gefahr besteht, werden auch die Impfgegner zahm. Vor wenigen Jahren ließen sich bei drohender Pockengefahr in wenigen Tagen 55 000 Personen impfen, darunter auch Impfgegner.

Das Haus vertagt sich.

Montag 2 Uhr: Interpellation über die Ueberschwemmung des deutschen Geldmarktes mit ausländischen Aktien, zweite Lesung des Gerichtskostengesetzentwurfs.

Ausland.

Der Ausschuß der österreichischen Delegation für auswärtige Angelegenheiten nahm das Budget des Aeußern sowie eine Resolution betreffend die Unterstützung des Abrüstungsvorschlages des Präsidenten Taft an und lehnte einen Antrag auf Aufhebung der österreichischen Botschaft beim Vatikan ab.

Persien und Rußland. Am Mittwoch morgen wurden auf den Gouverneur von Jepahan und seinen Neffen von dem früheren Polizeivorsteher, der russischer Untertan ist, mehrere Schüsse abgegeben. Ein Neffe wurde tödlich, der Gouverneur lebensgefährlich verwundet. Der Mörder floh in die russische Gesandtschaft. Dem Vernehmen nach haben die russischen Behörden beschlossen, den Flüchtling nicht der persischen Regierung auszuliefern.

Gesamtsitzung der Handelskammer zu Halle a. S.

(Schluß.)

Mit einigen Aenderungen wurde die vom Ausschusse vorgeschlagene Liste für die Sachverständigen-Kommissionen angenommen. In das Schiedsgericht wurden die Herren Reinicke-Halle a. S. und Leister-Wölberg gewählt.

Die Zuwendung von Mitteln an kaufmännische Fortbildungsschulen wird von der Handelskammer neben anderen Voraussetzungen von der Bedingung abhängig gemacht, daß die Kammer im Vorstand der Schule eine Vertretung erhält. Sie war im vergangenen Jahre vertreten: im Schulvorstand der kaufmännischen Fortbildungsschule zu Delitzsch durch Herrn Schulze, im Vorstand der kaufmännischen Fortbildungsschule zu Eilenburg durch Herrn Schladitz, im Vorstand der kaufmännischen Fortbildungsschule zu Eisleben durch Herrn Dr. Vogelsang, im Vorstand der kaufmännischen Fortbildungsschule zu Elsterwerda durch Herrn Reutsch, im Vorstand der städtischen kaufmännischen Fortbildungsschule zu Halle a. S. durch die Herren Rauendorf und Dr. Pfahl, im Vorstand der kaufmännischen Fortbildungsschule zu Liebenwerda durch Herrn Reutsch, im Vorstand der kaufmännischen Fortbildungsschule zu Mühlberg durch Herrn Teiche, im Vorstand der kaufmännischen Fortbildungsschule zu Torgau durch Herrn Mahlow, im Vorstand der kaufmännischen Fortbildungsschule zu Weißenfels durch Herrn Kunze, im Vorstand der kaufmännischen Fortbildungsschule zu Wittenberg durch Herrn Joly und im Vorstand der kaufmännischen Fortbildungsschule zu Zeitz durch Herrn Naether. Diese Vertreter wurden wiedergewählt.

Der Haushaltplan für 1911 wurde in Einnahme auf 59 200 Mk., in Ausgabe auf 58 750 Mk. festgestellt.

In der Handelskammersitzung vom 22. Juni wurde beschlossen, die Bureauräume in das jetzt vermietete erste Geschoß des Handelskammergebäudes zu verlegen und das Erdgeschoß für Sitzungsräume, Bücherei und Lesezimmer zu bestimmen. In der Gesamtsitzung wurde die Ausführung der vorliegenden Pläne beschlossen. Es soll ein Baukonto errichtet werden; die erforderlichen Beträge sollen dem Konto der Handelskammer bei dem Bankhause Reinhold Steckner entnommen werden.

Der Deutsche Verband für das kaufmännische Unterrichtswesen ersucht um Unterstützung einer Eingabe, die er an den Bundesrat und an die Reichsschulkommission richtete und in der beantragt wird, daß „1. fünftig junge Kaufleute an den Handelsrealschulen als Extraneer zum Einjährig-Freiwilligen-Examen zugelassen werden; 2. die bestehende veraltete Prüfungsordnung nach dem Vorbilde der bei den höheren Schulen für die Erwerbung der Einjährig-Freiwilligen-Berechtigung gestellten Anforderungen reformiert wird." Die Kammer spricht sich sympathisch hierfür aus, indes wird zur weiteren Verfolgung diese Angelegenheit einer Kommission überwiesen.

Der Berichterstatter, Kommerzienrat Werther, nahm als Stellvertreter des Präsidenten am 17. Januar an einer vom Herrn Regierungspräsidenten anberaumten Besprechung teil, in der die Einrichtung und die Aufgaben einer Zentralstelle für Jugendfürsorge im Regierungsbezirk erörtert wurden. Er gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß alles auf die Wahl einer geeigneten Persönlichkeit, welche die Jugend um sich sammelt, ankomme.

Am 16. Januar wurde im „Reichsanzeiger" der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte veröffentlicht. Ueber die Grundzüge dieses Gesetzentwurfes berichtete der Syndikus, Herr Dr. Pfahl. Die Handelskammer hat bereits früher eine gut durchgeführte Versicherung für die Angestellten als wünschenswert erachtet. Auch ist bereits früher ein Ausschuß gewählt worden zur Prüfung der Angelegenheit, wenn ein Entwurf vorliegt. Da der Augenblick gekommen ist, so wird dieser Ausschuß mit der Prüfung betraut.

Die Vereinigung elektrotechnischer Spezialfabriken richtete am 10. Dezember an die Handelskammer eine Eingabe mit der Bitte, sie wolle mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin wirken, „daß bei der Errichtung von Ueberlandzentralen in ihrem Bezirke sowohl im Interesse der Konsumenten elektrischer Energie als auch der selbständigen Elektroinstallateure und der elektrotechnischen Spezialfabriken der freie Wettbewerb bei der Herstellung der Ortsverteilungsnetze und der Hausanschlußanlagen nach jeder Richtung hin gewahrt wird." In dieser Angelegenheit erging am 18. August ein Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe, des Ministers des Innern und des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten betr. Stromlieferungsverträge der Ueberlandzentrale. Der Berichterstatter, Herr Rabe, führte aus, daß der Elektrizitätsgroßbetrieb durch ein Installationsmonopol und ein Materialmonopol, wodurch auch die Konsumenten benachteiligt würden, die Spezialfabriken geschädigt würden, die gegen 20 000 Arbeiter beschäftigen. Der Berichterstatter schlug vor, daß die Kammer beim Bau von Ueberlandzentralen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin wirken möge, „daß für Arbeiten, die hinter der Stromverteilungsstelle liegen, der freie Wettbewerb zugelassen wird." Ein Redner führte dann aus, es möchte der Herr Minister ersucht werden, „auf die Kreisbehörden dahin einzuwirken, daß die Ueberlandzentralen kein Monopol auf die öffentlichen Anlagen erhalten."

Der Essener Meineidsprozeß Schröder und Genossen.

Vor Eintritt in die Verhandlung am 1. cr. teilt der Verteidiger R.-A. Dr. Niemeyer mit, er habe eine Reihe Zuschriften bekommen, u. a. auch von einem Tapezierer und Dekorateur aus Charlottenburg namens Krause. Dieser schreibt, Münter habe einst ihm gegenüber geäußert, er hätte „dem Schröder eins tüchtig ins Genick gegeben". — Das Gericht beschließt, diesen Zeugen telegraphisch zu laden. — Sodann wird der Landtagsabgeordnete Brust vernommen. Er gibt an, daß er damals an einem Tage drei Versammlungen anberaumt habe und fährt dann fort: Abends bei der dritten Versammlung in Baukau verlangte Schröder das Wort und freie Diskussion. Als ich bei meiner Gegenerklärung durch Zurufe Schröders unterbrochen wurde, wies ich ihn aus dem Saale und wendete mich gleichzeitig an den in meiner Nähe stehenden Gendarm Münter mit der Bitte, er möchte mir nötigenfalls beistehen. Dann ging ich zu Schröder hin und sagte zu ihm: Na, Ludwig, jetzt wird es Zeit zu gehen. Schröder erwiderte darauf: ich werde doch wohl mein Bier austrinken dürfen. Darauf sagte ich: natürlich das kannst du. Schröder trank dann auch sein Bier aus und ging darauf dem Ausgang des Saales zu, Münter hinterher. Damit war ich befriedigt. Ich sah mich dann nach kurzer Zeit nochmals um, habe aber gar nichts über die Vorgänge am Ausgang bemerkt. Ueber das, was sich dort abgespielt haben soll oder abgespielt haben kann, vermag ich nichts zu sagen. — Verteidiger: Sie haben gar nichts gesehen, also auch nicht, ob Schröder gefallen ist? — Zeuge: Nein, ich habe davon nichts gesehen. — Vert.: In der damaligen Schwurgerichtsverhandlung hat der Verteidiger Dr. Bell Sie gefragt, ob Schröder betrunken war. Wissen Sie noch, was Sie damals geantwortet haben? — Zeuge: Das weiß ich nicht mehr. Es ist aber möglich, daß ich gesagt habe, daß er mir angetrunken vorgekommen sei, denn Schröder war sonst sehr ruhig, aber in der letzten Versammlung ziemlich aufgeregt. — Vert.: Damals sollen Sie nach einem mir vorliegenden stenographischen Bericht mit einem „Nein" geantwortet haben. — Zeuge: Das ist möglich, ich weiß es aber heute nicht mehr. (Weiterer Bericht folgt.)

Aus Nah und Fern.

Eine furchtbare Explosion in New-York.

Man meldet aus New-York: Als eine größere Menge Dynamit an der Wasserseite von Jersey-City aus einem Güterwagen auf ein Boot umgeladen wurde, erfolgte eine furchtbare Explosion, welche erdbebengleich das Finanzviertel und das Wollenkratzerviertel New-Yorks erschütterte und in weiterer Umgebung die Gebäude erzittern machte. Die Baulichkeiten auf der Einwanderungsinsel wurden beschädigt. Die größte Panik entstand in der unteren Stadt, minutenlang flackte der Geschäftsverkehr an der Börse und in den Banken. Tausende von Fensterscheiben wurden durch den Luftdruck zerstört. Die Zahl der Toten wird bisher auf zehn bis fünfundzwanzig angegeben. Die Zahl der Verletzten geht in die Hunderte, verschiedene Personen wurden in den Hudson geschleudert. Der Schauplatz der Explosion bietet ein Bild völliger Verwüstung. Durch die Explosion wurden auch zahlreiche Personen auf den Fährbooten verletzt. Das Boot, in welches das Dynamit verladen wurde und ein anderes wurden zerstört. Aus den Wolkenkratzern stürzten die Menschen auf die Straßen, welche hier unpassierbar wurden. Es sind die wildesten Gerüchte im Umlauf. Die Krankenhäuser von Jersey-City sind überfüllt.

*

Von der Deutschen Arktischen Zeppelin-Luftschiff-Expedition.

Unter dem Vorsitz des Prinzen Heinrich von Preußen fand am 31. Januar im Kaiserlichen Automobilklub eine Sitzung des Arbeitsausschusses für die Deutsche Arktische Zeppelin-Luftschiff-Expedition statt, an der der Graf Zeppelin, Ministerialdirektor Dr. Lewald, die Geheimräte Dr. Hergesell und von Friedländer-Fuld sowie der Generalsekretär Kapitänleutnant Hilmers teilnahmen. Die Sitzung galt der von dem Arbeitsausschuß zunächst ins Auge gefaßten Aufgabe, die Entwicklung des Luftschiffs zu Fahrten über der See zu fördern. Hierbei wurde mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß die von Arbeitsausschuß vor Jahresfrist angeregte Errichtung einer Luftschiffhallen-Gesellschaft in Hamburg nunmehr gesichert sei. Mit dem Vorstand der hierfür kürzlich gebildeten Gesellschaft wurde am Tage darauf persönliche Fühlung genommen und dabei die Grundlage für das gemeinsame Vorgehen festgestellt.

*

Der erste große Hofball in Berlin. Im Königlichen Schloß zu Berlin fand am Mittwoch abend bei Ihren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserin der erste große Hofball statt, dem die Prinzen und Prinzessinnen des Königlichen Hauses, der Reichskanzler, Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter, das diplomatische Korps und andere beiwohnten.

Fehlspekulationen in einem Berliner Bankhause haben zur Beschuldigung des Prokuristen des letzteren geführt. Nach dem „B. T." hat dieser jetzt ein ehrengerichtliches Verfahren gegen sich bei den Aeltesten der Kaufmannschaft beantragt.

Die Mörder entdeckt? Man meldet aus Herne: Im Sommer 1908 wurde ein Dienstmädchen im Kanal als Leiche gefunden. Jetzt hat sich zu dieser Angelegenheit ein holländischer Arbeiter gemeldet und ausgesagt, daß damals die Mordtat von drei holländischen Arbeitern ausgeführt worden sei.

Die Kanalisation Petersburgs. Die russische Reichsduma verhandelte am 1. cr. über die Kanalisation Petersburgs. Der Minister des Innern Stolypin trat für die Vorlage ein. Die Frage könne nur vom staatlichen Standpunkte korrekt gelöst werden.

Die Erbschaft König Leopolds von Belgien. In der belgischen Deputiertenkammer gab am Mittwoch bei Besprechung der Erbschaft König Leopolds der Justizminister Kenntnis von dem Abschluß eines Vergleichs zwischen der Regierung und der Stiftung Niederfüllbach. Der belgische Staat habe somit nur noch mit der Prinzessin Luise zu tun. Bei aller Anerkennung der Vaterlandsliebe König Leopolds sei der Staat der Ansicht, daß der verstorbene König nicht mehr das freie Verfügungsrecht über die Werte gehabt habe, die der Kronfideikomiß gehörten. Es sei der Stiftung nicht möglich, den vorgesehenen Auflagen gerecht zu werden: alle Werte würden demnach an den belgischen Staat fallen, der der Stiftung Niederfüllbach ein Kapital von 1 100 000 Mk. reservieren werde. Die Regierung werde bei der Kammer den Antrag stellen, im Kongo ein dem Gedächtnis König Leopolds gewidmetes Werk zu schaffen. Der Minister verlas sodann die Erklärung, in welcher König Albert in seinem Namen und in dem seines Sohnes auf die Einkünfte verzichtet, zu deren Nutznießer ihn die Stiftung gemacht habe, und betonte, man müsse dieser hochherzigen Gesinnung des Königs achtungsvolle Anerkennung zollen. (Lebhafter Beifall.)

Die Pest. Wie das Reutersche Bureau aus Peking meldet, sind in Tientsin sechs Todesfälle und in Peking ein Todesfall an Pest vorgekommen. Alle Eingeborenen, die mit den Pestkranken in Berührung gekommen waren, sind isoliert worden. Die Lage in der Mandschurei ist im allgemeinen unverändert. Es herrscht große Enttäuschung darüber, daß der Kronprinz seinen Besuch in Peking aufgegeben hat.

Schweres Eisenbahnunglück. Der Polizei Valencia—Barcelona ist zwischen Oropesa und Torreblanca entgleist. Einzelheiten fehlen; es sollen mehrere Personen verunglückt sein.

Kein Bergarbeiterausstand. Die Direktion der Saar-Mosel-Bergwerksgesellschaft bezeichnet die von Berliner Blättern verbreitete Nachricht von einem bevorstehenden Bergarbeiterausstand in Merlebach als unrichtig.

Das Prozeßverfahren wegen Verleumdung des Königs von England gegen den Angeklagten Eduard Mylius fand am 1. cr., wie wir aus London erfahren, vor dem Lord Oberrichter, Lord Alverstons, statt. Auf Lord Alverstons Frage, ob er durch einen Rechtsbeistand vertreten sei, antwortete Mylius, er werde sich selber verteidigen. Er ersuchte dann, ihm die privaten Briefe zurückzugeben, deren Beschlagnahme eine grobe Rechtsverletzung sei. Der Richter lehnte das Ersuchen ab. Der Gefangene fragte, ob der König als Ankläger anwesend sei; er wünsche seine Anwesenheit, weil jeder Angeklagte berechtigt sei, seinem Kläger vor dem Gerichtshofe gegenübergestellt zu werden. Der Richter erwiderte, der König könne nicht aufgefordert werden, vor dem Gerichtshofe zu erscheinen. Der Vertreter der Krone, Rufus Isaacs, erklärte, es handele sich um eine Verleumdung, die die Ehre des Königs angreife, und darauf berechnet sei, ihn in der Achtung aller rechtlich Denkenden herabzusetzen. Er betonte, daß keine Klage gegen die republikanischen Gesinnungen des Angeklagten erhoben sei. Die gerichtliche Verfolgung sei eingeleitet, weil der Angeklagte behauptete, daß des Königs Ehe mit der Königin eine schmachvolle Bigamie sei, ein Verbrechen gegen die Kirche. Der Angeklagte habe ferner behauptet, der König habe 1890 in Malta eine Tochter des Admirals Seymour geheiratet. Als er 1892 Thronerbe geworden sei, habe er sie und ihren Sprößling verlassen, um die Prinzessin zu heiraten. Mit erhobener Stimme erklärte Isaacs, die Geschichte sei von Anfang bis zu Ende ein Gewebe von Unwahrheiten. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen kündigte Rufus Isaacs an, er werde

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191102022-14/fragment/page=0002

Admiral Seymour und seine Tochter, die einen Marineoffizier geheiratet habe, als Zeugen vorladen und werde den Beweis führen, daß die Tochter des Admirals dem Könige nur zweimal im Leben begegnet sei, einmal als Kind von acht Jahren, das zweite Mal bei einem Empfange, niemals aber in Malta. Admiral Seymour sagte aus, er habe zwei Töchter gehabt. Die ältere habe 1899 den Kapitän Napier geheiratet, die jüngere sei 1895 gestorben. Sie sei niemals verheiratet gewesen und habe niemals mit dem Könige gesprochen. Der König sei überhaupt nie in Malta gewesen, als seine Töchter dort gewesen seien. Frau Napier habe den König bis 1898 nicht getroffen. — Der Angeklagte Mylius wurde schließlich für schuldig befunden und zu zwölf Monaten Gefängnis verurteilt. — Nach der Urteilsverkündung sagte Sir Rufus Isaacs, er sei von Seiner Majestät ermächtigt, öffentlich zu erklären, daß der König niemals vermählt gewesen sei außer mit der Königin, und daß er sich niemals irgend einer Trauungszeremonie unterzogen habe außer mit der Königin. Der König würde der gerichtlichen Verhandlung beigewohnt haben, um ein entsprechendes Zeugnis abzulegen, wenn er nicht von den juristischen Beratern der Krone das Gutachten erhalten hätte, daß dies der Konstitution widersprechen würde.

Provinz Sachsen und Umgebung.

‡ **Nordhausen**, 31. Januar. (Zur Reichstagswahl in Nordhausen-Hohenstein.) Die Sozialdemokraten haben den Rechtsanwalt Dr. Cohn in Berlin als Reichstagskandidaten aufgestellt.

‡ **Heiligenstadt**, 31. Januar. (Während des Unterrichts vom Tode ereilt) wurde heute vormittag im Klassenzimmer der Obersekunda des hiesigen Kgl. Gymnasiums, Professor Stawicki, der seit 24 Jahren Oberlehrer am hiesigen Gymnasium war. Ein Schlaganfall hatte seinem Leben ein rasches Ziel gesetzt.

⚒ **Ostrau**, 31. Jan. (Kaisers-Geburtstagsfeier. — Gasvergiftung. — Gefährliches Kinderspielzeug.) Anläßlich des Geburtstages Kaiser Wilhelms fanden auch im hiesigen Orte Festfeiern statt. Vormittags 9 Uhr versammelten sich die Kinder der Ober- und Mittelklassen in ihren Klassenräumen. Sie wurden durch ihre Lehrer auf die Bedeutung des Tages hingewiesen. Deklamationen und patriotische Gesänge umrahmten die Ansprachen. Ein Umzug der Kinder mit Fahnen, unter Vortritt des Trommler- und Pfeiferchors, bildete den Schluß der Schulfeiern. Am Nachmittag fand im Gasthofe „Zur Linde" ein Festessen statt, dem sich am Abend die Feier des Kriegervereins anschloß. Eine besonders hohe Ehrung erfuhr dieser Verein durch die Anwesenheit Sr. Exzellenz des Generals der Kavallerie Herrn v. Bernhardi, der als Gast des Herrn Kammerherrn und Rittmeisters a. D. v. Veltheim-Ostrau erschien und zur Freude aller Anwesenden mit begeisternden Worten das Kaiserhoch ausbrachte. Herr Obergärtner Wendenburg, der älteste anwesende Veteran, sprach Sr. Exzellenz im Auftrage des Kriegervereins den Dank für die hohe Ehre des Erscheinens aus und erinnerte dabei die Festversammlung an jene Szene, die Seine Exzellenz zur historisch bekannten Persönlichkeit stempelt. Am 1. März 1871 stellte er sich als zwar noch jugendlicher, aber talentvoller und mutiger Offizier an die Spitze des ersten Zuges der 1. Eskadron des 2. Hessischen Husaren-Regiments, um die ersten deutschen Truppen in das überwundene Paris zu führen. Die Festrede hielt Herr Pastor Ilse, er feierte das deutsche Vaterland. Daran schloß sich der von warmem Patriotismus durchwehte Einakter: „Einer von der alten Garde", von Edmund Braune, zu dessen Gelingen alle Beteiligten ihr gut Teil beitrugen. Dieses patriotische Zeitbild wurde eingeleitet durch einen von Herrn Lehrer Stöckhen-Werderthau gesprochenen Festprolog „Der Hohenzollern deutsche Sendung". Der übliche Ball bildete den Schluß. — Am 25. v. Mts. hatten sich die in der hiesigen Knochengasse wohnenden Maurer Barthel schen Eheleute bis spät in die Nacht hinein mit Federreißen beschäftigt. Ehe man sich zu Bett legte, wurden die zusammengefaßten Federkiele in den Ofen geworfen und darauf kamen noch einige Stücke Steinkohlen, damit man am anderen Morgen noch Glut vorfinde. Als die übrigen Hausbewohner in der Frühe des anderen Tages von den Barthelschen Eheleuten nichts hörten, drangen sie mit Gewalt in deren Wohnung ein und fanden sie bei brennender Lampe bewußtlos im Bette liegend vor. Die Frau Barthel war wahrscheinlich am Morgen in gewohnter Frühe aufgewacht und hatte noch Kraft und Besinnung genug, die Lampe anzuzünden, ist dann aber wieder, weil nicht wohl, ins Bett gegangen. Der herbeigerufene Arzt traf die beiden noch lebend an. Nach seinen Anordnungen erholte sich die Ehefrau Barthel auch bald wieder, während der Ehemann noch das Bett hüten muß. — Als sich am 23. v. Mts. verschiedene Kinder auf dem hiesigen Schlokteiche auf dem Eisen veranlaßten, kamen die beiden Lehrlinge des Obergärtners Franke und fingen an, das Eis zu zerbrechen. Darüber ist jedenfalls der Schulknabe Karl B. ärgerlich gewesen und schoß mit einem kleinen Pistol, das mit Hartgummipfropfen geladen war, nach den beiden, in der Meinung, dieselben in die Flucht zu jagen. Die Sache wurde jedoch ernster: denn der Gummipfropfen drang dem Lehrling Kurt Sch. durch die Hose in das Fleisch des Oberschenkels so tief ein, daß derselbe am anderen Tage nach dem Krankenhause „Bergmannstrost" in Halle gebracht werden mußte.

W. Leipzig, 2. Februar. (Hier wird ein Kreisgerichtsrat vermißt.) Man nimmt an, daß er seinen Tod in der Pleiße gefunden hat, da sein Mantel am Ufer dieses Flusses gefunden wurde. Er nahm unmittelbar vorher an drei Verhandlungen teil, in denen er Referate erstattete.

Landwirtschaftliches.

— **Maul- und Klauenseuche.** Das Kaiserliche Gesundheitsamt teilt mit: Der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche ist gemeldet aus 1. Kirchheim, Amtsbezirk Heidelberg, Großherz. Baden; 2. Oedheim, Oberamt Neckarsulm, Königreich Württemberg, bei Händlervieh; 3. Hertwigswaldau, Kreis Jauer, Reg.-Bez. Liegnitz; 4. Kleinstein, Kreis Groß-Strehlitz, Reg.-Bez. Oppeln; 5. Eschweiler, Landkreis Aachen, Reg.-Bez. Aachen; 6. Buchholz, Kreis Grevenbroich, Reg.-Bez. Düsseldorf; 7. Lörrach und Bronbach, Amtsbezirk Lörrach, Großherzogtum Baden, am 31. Januar 1911.

Letzte Telegramme.

Motorräder im Kriege.

Berlin, 2. Februar. Die Verwendbarkeit der Motorräder im Kriege ist augenblicklich Gegenstand der Untersuchung einer Spezialkommission. Es soll für die Bildung eines besonderen Motorfahrerkorps ein bestimmter Plan ausgearbeitet werden.

Verhaftung eines Räubers.

Diedenhofen, 2. Februar. Von den beiden Räubern, die vor einigen Wochen in der hiesigen Stadtkasse 20 000 Mark raubten, ist einer in Italien verhaftet worden. Es fanden sich noch 14 000 Mark in seinem Besitze.

Große Aussperrung der Setzer in England.

London, 2. Februar. Die Vereinigung der Druckereibesitzer hat beschlossen, zur Unterstützung der Londoner Druckereibesitzer in ihrem Streit mit ihren Angestellten hinsichtlich der Arbeitsstunden für ganz England die Aussperrung zu erklären. Die führenden Provinzblätter dürften davon nicht betroffen werden.

Die furchtbare Explosion in New-York.

New-York, 1. Februar. Wie der Vizepräsident der New-Jersey-City-Eisenbahn mitteilt, war in der ersten Nachmittagsstunde ein Dutzend polnischer Arbeiter damit beschäftigt, das Dynamit von den Bahnwagen auf ein Boot zu verladen, als die furchtbare Explosion erfolgte. Da um diese Zeit Hunderte von Arbeitern in der Nähe arbeiteten, erklärt sich die große Zahl der Verwundeten. Viele wurden durch die Splitter der zertrümmerten Fensterscheiben verletzt.

Börsen- und Handelsteil.

Allgemeines.

Ueber die Lage des Rohzuckermarktes

während der Woche vom 24. bis 30. Januar wird der „Berliner Börsen-Ztg." u. a. aus Magdeburg geschrieben: Die stetige Stimmung des Terminmarktes hat auch etwas den Fabrikzuckermarkt beeinflußt. Verschiedene Raffineriren zeigten vermehrtes Interesse für prompte Zucker, ihre Gebote lauteten bis 10, ja 12½ ₰ höher, wodurch indes mehr Fabrikangebot namentlich an den Hauptlagen herauskam, so daß die Umsätze einen größeren Umfang annahmen. Anhaltische sowie Hallesche Zucker erzielten 8,85—8,90 ℳ die 50 Kilogramm ohne Sack ab Stationen. Die Zufuhren in Nacherzeugnissen waren wieder lebhafter, das Kaufinteresse hat indes bei den Raffinerien, die darin ziemlich reichliche Vorräte besitzen, nachgelassen, so daß die Fabriken vielfach Zugeständnisse in der Lieferung und Berechnung machen mußten. Der Verlauf des heutigen Marktes war stetig, die amtliche Preisfeststellung ergab für Kornzucker Grundl. 88 Proz. Rend. 8,70—8,82½ ℳ, Nacherzeugnisse Grundl. 75 Proz. Rend. 6,85—7 ℳ, beides die 50 Kilogramm ohne Sack, ab Stationen. Der hiesige amtliche Freitagsbericht gab die Umsätze mit 456 000 Ztr. (lediglich Zucker aus erster Hand) an, sonst meldeten Hamburg 187 000 Ztr. (erste und zweite Hand), Braunschweig 143 000 Ztr., Halle a. S. 35 000 Ztr., Stettin 23 000 Zentner, Danzig 115 000 Ztr. und Breslau 240 000 Ztr. In Raffinaden blieb das Geschäft im allgemeinen still. Granulated mäßiges Geschäft in prompt und Januar-Lieferung zu 11 fh. 11½ d. ↑: ½ Proz. fob Hamburg. Am Terminmarkt ist das Geschäft recht gering, die Geschäftsumlust ist allgemein ziemlich bedeutend. Der Verlauf des heutigen Marktes war stetig, die amtliche Preisfeststellung ergab für Kornzucker 88 Proz. Rend., die 50 Kilogramm, fob Hamburg: Januar 9,12½ ℳ Gd., 9,17½ Mark Brief, Februar 9,15 ℳ Gd., 9,17½ ℳ Br., März 9,20 ℳ Geld, 9,25 ℳ Br., Mai 9,35 ℳ Gd., 9,37½ ℳ Br., August 9,55 ℳ Geld, 9,57½ ℳ Br., 9,55—9,57½ ℳ bez., Oktober-Dezember 9,55 ℳ Gd., 9,57½ ℳ Br., 9,55 ℳ bez. Das Hamburger Gesamtlager hat 40 600 D.-Ztr. abgenommen gegen 900 D.-Ztr. Zunahme i. V.; das wirklich feste Lager hat sich um 11 000 D.-Ztr. gegen 1000 D.-Ztr. i. V. vermindert. Angekommen sind 145 300 D.-Ztr., darunter nur 12 200 D.-Ztr. Rohzucker; verschifft wurden 31 500 D.-Ztr. Rohzucker, ferner 154 400 D.-Ztr. Raffinaden. — Die englischen Märkte setzten in ruhiger Haltung ein, gingen dann stetiger und etwa 1 d. per cwt. höher, indes wurde diese Besserung durch die Abschwächung der New-Yorker Kurse schnell wieder aufgehalten. Im späteren Verlauf waren die Märkte teils ruhig, teils stetig bei Preisen, die sich wenig veränderten. Schlußpreise am Sonnabend mittag für Beet 88 Proz. Rend., per cwt., fob Hamburg: Januar 9 fh. ¼ d. Wert, März 9 fh. 1½ d. Wert, Mai 9 fh. 3¼ d. Käufer, August 9 fh. 5¼ d. bezahlt, Oktober-Dezember 9 fh. 5¾ d. Käufer. In englischen Raffinaden ist im allgemeinen der Handel sehr ruhig. Granulated folgte der Bewegung von Rohware, Preise zogen ¾—1 d. per cwt. an. Kolonialzucker hatten mäßiges Geschäft. Grocery wurde auf den Auktionen zu stetigen Preisen lebhafter umgesetzt. — Der Pariser Markt hatte einen stetigen Unterton, so daß die Preise auf der ganzen Linie etwa 25—37½ cims. die 100 Kilogramm anzogen. Schlußpreise für Weiß Nr. 3 die 100 Kilogramm am Sonnabend mittag: Januar 31,00 Fr. Abgeber, Februar 31,12½ Fr. Abgeber, Mai-August 31,87½ Fr. Abgeber, Oktober-Januar 30,75 Fr. Käufer. — Der Prager Markt verlief in ruhig stetiger Haltung; die Preise gewannen etwa 10 Heller die 100 Kilogramm. In Raffinaden wurden 6 Proz. März-Kontingent freigegeben, wodurch das Geschäft einen lebhafteren Anstrieb gewann. — New-York ermäßigte seine Notierungen für Zentrifugals um 3,48 auf 3,42 c. per lb., frei New-York. — Ueber den Anbau in Europa hört man wenig Neues. Das Wetter ist veränderlich, bald mild und leicht regnerisch, bald trocken und kälter. Die Schneelage ist in den Ebenen meist völlig verschwunden.

*

W. Hirsch, Kupfer- und Messingwerke, Aktiengesellschaft in Halberstadt. Die Gesellschaft wird pro 1910 die Verteilung einer Dividende von 6 % gegen 8 % im Vorjahre in Vorschlag bringen. Der Rückgang des Erträgnisses ist dadurch hervorgerufen, daß neueröffnete Betriebsstätten noch nicht voll ausgenutzt werden konnten. Dies ist indeß jetzt überwunden, so daß für 1911 aller Voraussicht nach wieder ein besseres Resultat erwartet werden kann.

W. Wollauktion in London am Mittwoch, den 1. Februar: animiert. Crossbreds und Merinos besser gefragt, letztere zu höchsten Serienpreisen.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

— **Berlin**, 1. Februar. (Amtliche Notierungen der Produktenbörse.) **Weizen** per 1000 kg, Inländ. 196—198 ℳ, Märkischer und Havelländer —,— ab Bahn. Normalgewicht 755 g. Abnahme im laufenden Monat —,— ℳ, im Mai 204,50—205—204,25 bis 204,50 ℳ, im Juli 205—204,50—204,75 ℳ Tendenz: behauptet. **Roggen** für 1000 kg. Inländischer 149,00—149,50 ℳ ab Bahn. Normalgewicht 712 g. Abnahme im laufenden Monat —,— ℳ, Abnahme im Mai 157,75—158,25—158,00 ℳ, im Juli —,— ℳ. Tendenz: fester. **Hafer** per 1000 kg. Normalgewicht 450 g. Abnahme im laufenden Monat —,— ℳ, im Mai 155,50 ℳ, im Juli 157,75 ℳ. Tendenz: behauptet. **Mais** per 1000 kg. Ohne Angabe der Provenienz. Abnahme im Mai —,— ℳ, im Juli —,— ℳ. Tendenz: geschäftslos. **Weizenmehl** per 100 kg brutto einschl. Sack: Nr. 00 24,00 bis 27,50 ℳ, feinste Marken über Notiz bezahlt. Tendenz: still. **Roggenmehl** Nr. 0 und 1: 18,70—21,10 ℳ, Abnahme im Mai —,— ℳ. Tendenz: behauptet. **Rübsl** für 100 kg mit Faß. Abnahme im laufenden Monat —ℳ, im Mai 58,80 ℳ. Tendenz: Geschäftslos.

Frühmarkt. (Amtliche Notierungen.) **Berlin**, 1. Febr. **Weizen** loko 196—198 ℳ ab Bahn und frei Wagen, Mai —,— bis —,— ℳ, Dezember —,— ℳ. — **Roggen** loko 148,50—149,50 ℳ ab Bahn und frei Wagen, Mai —,— ℳ — **Gerste**, leichte inländische Futtergerste 140,00—158,00 ℳ, schwere do. 159,00—170,00 ℳ, russische und Donau leichte 127,00 bis 130 ℳ, do. schwere 131—138 ℳ frei Wagen und ab Bahn. — **Hafer**, märk, meckl., pomm., pol., schles. fein 173—182, do. mittel 162—172, do. gering 155—161, russischer feiner 168—180, mittel 155—167 ℳ, gering 149—154 ℳ ab Wagen und ab Bahn. — **Mais**, amerikan. mixed 138—142 ℳ, do. abfall. —,— ℳ, runder 137—141 ℳ, frei Wagen. — **Erbsen**, inländische Futterwaare, mittel 151—156 ℳ, russische do. 151—156 ℳ, feine Taubenerbsen 157—166 ℳ, Viktoriaerbsen ——— ℳ, kleine Kocherbsen ——— ℳ frei Wagen und ab Bahn. **Weizenmehl** 00 loko 24,00—27,50 ℳ. **Roggenmehl** 0 u. 1 loko 18,70 bis 21,10 ℳ. **Weizenkleie**, grobe 9,90—11,25 ℳ, feine 9,90 bis 11,25 ℳ. **Roggenkleie** 9,50—10,25 ℳ.

L. Hamburg, 1. Februar. Tägliche ausländische Offerten in Mark per Tonne einschließl. Fracht, Zoll u. Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats

Weizen: Durum I Duluth Jan./Febr. 225 ℳ, Manitoba Jan./Febr Nr. II 224 ℳ, III 220 ℳ, IV 216 ℳ, V 208 ℳ, Rosafe 77 kg Jan' 210 ℳ, 79 kg Jan./Febr. 213 ℳ, Barusso 80 kg Jan./Febr. 211½ ℳ Orenb. 76/77 kg Jan./Febr. 205½ ℳ, 77/78 kg Jan./Febr. 207 ℳ, Ulka 10 Pud 4 % Jan./Febr. 201½ ℳ — **Roggen**: Südruss. 9 Pud 15/20 prompt 158 ℳ, Febr. 158 ℳ — **Futtergerste**: Südruss. 58/59 kg schw. 120 ℳ, Jan. 119 ¾ ℳ, Febr. 118¾ ℳ, März 117¾ ℳ, April 11 ℳ, April/Juni 116¾ ℳ — **Hafer**: Nordr. 50/51 kg 3 % Febr. 1 2½ ℳ, Febr./Mai 154½ ℳ. La Plata 49 kg Jan. 1 0½ ℳ, Febr. 15½ ℳ — **Mais**: La Plata schwim. 135 ℳ, Jan./Febr. 135 ℳ, Mai/Juni 142 ℳ, Mixed japanm. 127 ℳ, Jan. 127 ℳ, Febr. 126¾ u. 127 ℳ, März 128 ℳ, Odessa schwim. 126½ ℳ, Jan. 126½ ℳ, Febr. 127 ℳ

Hopfen.

Nürnberg, 31. Januar. (Hopfenbericht. Bei ruhigem Marktverkehr gelangten gestern und heute zusammen 250 Ballen für Kundschafts- und Exportzwecke zu unveränderten Preisen zum Verkauf.

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Magdeburg**, 1. Februar. Prima Kartoffelmehl und -Stärke, prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Partität frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 21,00—21,50 Mk. Tendenz: ruhig.

— **Berlin**, 1. Februar. Kartoffelstärke 21,00—21,50 Mk., Kartoffelmehl 21,00—21,50 Mk., feuchte Stärke 10,60 Mk.

Spiritus.

— **Nordhausen**, 1. Februar. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 87,75—88,75 Mk., Branntwein 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 98,00—99,00 Mk. per loko und Februar-September ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung der Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten, E. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg**, 1. Februar. Spiritus matt, Februar 17½ G., Februar-März 17½ G., März-April 17½ G.

— **Paris**, 1. Februar. Spiritus fest, Febr. 61,00, März 61,75, Mai-August 62,75, Sept.-Dezbr. 49,75.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 1. Februar. Rüböl loko 63,00, Mai 61,00.

— **Hamburg**, 1. Februar. Rüböl stetig, loko verzollt 60,00.

— **Amsterdam**, 1. Februar. Leinöl behauptet, loko 51, März —, März-April 48⅝, Mai-August 47½, Sept.-Dez. 41.

— **Paris**, 1. Februar. Rüböl ruhig, Februar 67,00, März 67,25, März-Juni 67,50, Mai-August 67,75.

— **Pest**, 1. Februar. Kohlraps träge, August 13,75.

Zucker.

W. Hamburg, 1. Februar. Rüben-Rohzucker, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 50 Kilo per Februar 9,10, per März 9,22½, per Mai 9,35, per August 9,55, per Oktober 9,52½, per Dezember 9,57½. Tendenz: ruhig.

W. London, 1. Februar. Rüben-Rohzucker 88 % Proz. 9 sh. ¾ d. Wert, stetig, Java-Zucker 96 % prompt 9 sh. 10½ d. nom., ruhig.

Kaffee.

— **Hamburg**, 1. Februar. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) März 54¾ G., Mai 54½ G., Septbr. 53¾ G., Dezember 52¾ G. Tendenz: unregelmäßig.

— **Amsterdam**, 1. Februar. Java-Kaffee, good ordinary, flau, loko 46.

— **Havre**, 1. Februar. Kaffee, Good average Santos März 68,75, Mai 68,50, Septbr. 68,00, Dezbr. 67,50. Tendenz: behauptet.

W. Rio de Janeiro, 31. Januar. Kaffee, Zufuhren 8000 Sack in Rio, 6000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 1. Februar. Baumwolle, ruhig. Upland middling loko 76½ Pfg.

— **Antwerpen**, 1. Februar. Wolle. La Plata-Kammzug Type B. Februar 5,55 Verk., Januar 5,30 Verk. Tendenz: Ruhig.

— **Liverpool**, 1. Febr. Baumwolle. Umsatz 6000 Ballen, davon für Spekulation und Export B. Ballen. Tendenz: Ruhig.

Amerikanische middling Lieferungen Kaum fetzig. Per Febr. 7,78, per Febr.-März 7,78, per März-April 7,80, per April-Mai 7,81, per Mai-Juni 7,82, per Juni-Juli 7,81, per Juli-August 7,80, per Aug.-Sept. 7,61, per Sept.-Okt. 7,31, per Oktober-November 7,16.

Petroleum.

— **Hamburg**, 1. Februar. Petroleum fest, Amerik. mex. Gewicht 0,800 6,50.

Metalle.

— **Amsterdam**, 1. Februar. Bancazinn flau, loko 115¾.

— **London**, 1. Febr. Blei, span. 12½ Lstr., engl. 13¼ Lstr., Zink 19¼ Lstr., Zinn 23½ Lstr., Chili-Kupfer 55½ Lstr., 3 Monate 55⅞ Lstr.

— **Glasgow**, 1. Februar. (Schlußbericht.) Roheisen stetig. Middlesborough Warrants III 49 sh. 2½ d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Berlin**, 1. Februar. Städtischer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht der Direktion. Es standen zum Verkauf: 282 Rinder (darunter 112 Bullen, 35 Ochsen, 135 Kühe und Färsen), 2336 Kälber, 790 Schafe, 16 881 Schweine. Die Preise veränderten sich für 1 Ztr. Lebend- oder Schlachtgewicht. Ochsen, Bullen, Kühe und Jungvieh fehlen. Kälber: A. 75—100 (104—133), B. 60 bis 64 (100—107), C. 55—59 (94—98), D. 48—54 (84—96) ℳ. Schafe: A. 36—40 (72—80), B. 32—35 (67—71), C. 26—34 (57—70), D. ——— (———) ℳ. Schweine: A. 48 (60), B. 46—48 (58—60), C. 46—47 (57—59), D. 44—46 (55—58), E. 42—44 (53—55), F. 44—45 (55—56) ℳ. — Der kleine Rinderauftrieb fand langsam Absatz. Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig. Bei den Schafen war der Bestand, wenn auch jögernd, anzuverkaufen. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wird geräumt.

Magervieh- und Ferkelhof in Friedrichsfelde. (Amtlich.)

⊙ **Friedrichsfelde**, 1. Febr. Auftrieb: 1982 Schweine, 3085 Ferkel. Verlauf des Marktes: Läufer lebhaft, Ferkel geräumt. Es wurde gezahlt im Engrosshandel für: Läuferschweine: 6—8 Monate alt 45—58 ℳ, 4—6 Monate alt 34—44 ℳ, Fette 25—33 ℳ; für Ferkel, mindestens 8 Wochen alt, 17—21 ℳ, unter 8 Wochen alt 12—16 ℳ.

Butter. Schmalz. Speck.

+ **Berlin**, 1. Febr. Bericht von Gebr. Gaulke. (Originalbericht der Hall. Ztg.) Butter: Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter Ia Qual. 122—124 ℳ, do. IIa Qual. 120—122 ℳ. — Schmalz: Die heutigen Notierungen sind: Choice-Western Steam 57,75—58,25 ℳ, amerikanisches Tafelschmalz Borussia 60,00 ℳ, Berliner Stadtschmalz Krone 59,00—68,00 ℳ, Berliner Bratenschmalz Kornblume 60,00—68,00 ℳ. Speck: ruhig

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 1. Februar. Roter Winter-Weizen loko 99½ per März —,—, per Mai 102½, Juli 100½, per Sept. —,—. Mais per Mai 58, per Juli —,—, per Sept. —. Mehl 4,10. Getreidefracht nach Liverpool 2.

W. Chicago, 1. Febr. Weizen per Mai 96⅝, per Juli 93⅞, Mais per Mai 50.

W. New-York, 1. Februar. Petroleum Standard white in New-York 7,40, do. in Philadelphia 7,40, do. in Refined Cases 8,90, do. Credit Balances at Oil City 130.

W. New-York, 1. Febr. Schmalz Westernsteam 10,15, Rohe und Brothers 10,50.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Schmiedeberg; für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Ebeling; für Oertliches: Heinrich Wiesbauer; Schlußredaktion: A. Wiermecke, sämtlich in Halle a. S. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Beiträge übernimmt die Redaktion keinerlei Verpflichtungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191102022-14/fragment/page=0003

Berliner Börse, 1. Febr. 1911

Die Fabrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1.1.4.7.10.1.1.4.7.10. 15.5.11.12. 1.2.5.8.11.2.5.8.11. 1.3.6.9.12.1.3.6.9.12. 15.1.4.7.10. 15.4.10.15.4.10. 1.1.5.8.11. 1.2.5.8.11.